
Gesonderte Leistungsfeststellung

für XXXX

(Amtsbezeichnung)

XXXX

(Vor- und Zuname)

geb. am: XX.XX.XXXX

Schwerbehinderung (§ 2 Abs. 2 des Neunten

Buches Sozialgesetzbuch – SGB IX) oder ☐ nein ☐ ja, Grad der Behinderung:

Gleichstellung (§ 2 Abs. 3 SGB IX)

Beurteilungszeitraum vom XX.XX.XXXX bis XX.XX.XXXX

Fachlaufbahn: XXXX

1. Tätigkeitsgebiet und Aufgaben im Beurteilungszeitraum

Dauer von ... bis ... (teilzeitbeschäftigt von ... bis ... / Arbeitsanteil)	Dienststelle	Art der Tätigkeit Beschreibung des Aufgabengebiets
	Bayerisches Staatsministerium für Gesundheit, Pflege und Prävention	Mitarbeiterin / Mitarbeiter, Sachbearbeiterin / Sachbearbeiter, Referentin / Referent im Referat XX „XXXX“ mit folgenden Aufgaben: – – – – – –

2. **Beurteilungsmerkmale**

2.1 **Fachliche Leistung**

	Bewertung
– Quantität – Qualität – Serviceorientierung, insbesondere gegenüber dem Bürger – lösungsorientierte Vorgehensweise – Zusammenarbeit mit Kollegen und Vorgesetzten – Führungserfolg (nur bei Führungskräften)	

3. **Ergänzende Bemerkungen**

--

4. **Leistungsfeststellung**

4.1 Die Mindestanforderungen im Sinne des Art. 30 Abs. 3 Satz 1 BayBesG werden erfüllt.

☐ ja ☐ nein¹

4.2 (ggf.) Dauerhaft herausragende Leistungen gemäß Art. 66 Abs. 1 Satz 1 bzw. 4 BayBesG

☐ werden festgestellt.

Dienststelle

(Dienststelle)

Beurteiler

(Amtsbezeichnung, Vor- und Zuname)

....., den
(Ort) (Datum)

(Unterschrift des Beurteilers)

¹ Falls die Beamtin bzw. der Beamte die an das Amt gestellten Mindestanforderungen nicht erfüllt, ist dies in einer gesonderten Mitteilung schriftlich zu begründen. In der Mitteilung ist auch der Zeitpunkt anzugeben, ab dem der Stufenstopp wirkt (vgl. dazu Abschnitt 5 der VV-BeamtR bzw. Nr. 30.3 der BayVwVBes zu Art. 30).

Stellungnahme der/des unmittelbaren Vorgesetzten:

XXXX

(Amtsbezeichnung)

XXXX

(Name)

☐ ohne Einwendungen

Einwendungen, Begründung (ggf. auf gesondertem Blatt):

.....

.....

.....

.....

.....

.....

.....

.....

....., den

(Ort) (Datum)

.....

(Unterschrift der/des Vorgesetzten)

Gemäß Art. 61 Abs. 1 Satz 1 LlbG eröffnet erhalten:

....., den

(Ort) (Datum)

.....

(Unterschrift der/des beurteilten Beamtin/Beamten)
